

## KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE  
LUKA DURIČ

September 2013

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Politischer Dialog in Kroatien

STANDPUNKTE KROATISCHER GESPRÄCHSPARTNER DES STELLV. GENERALSEKRETÄRS DR. GERHARD WAHLERS WÄHREND SEINES KROATIEN-AUFENTHALTES VOM 11. – 13. SEPTEMBER 2013.

**Tomislav Karamarko** (MđP; Innenminister a.D.; Vorsitzender der HDZ) unterstrich in seiner Begrüßung die langjährigen, guten Beziehungen zwischen der HDZ und der EVP-Partnerpartei CDU.

Der Parteivorsitzende berichtete über die Anstrengungen seiner Partei nach dem Skandal um den vormaligen Vorsitzenden Sanader in der kroatischen Öffentlichkeit wieder verlorengegangene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und sich weiter zu einer modernen Volkspartei mit mehr Transparenz in den Strukturen und größerer Offenheit im politischen Diskurs zu entwickeln. Die Partei sei bestrebt nach ihrer Umorganisation und den inzwischen eingetretenen Wahlerfolgen auch im Parlament ihre kritische, aber konstruktive Oppositionsrolle wahrzunehmen. Zu diesem Zweck erarbeitet die Partei in verschiedenen Arbeitskreisen im Dialog mit renommierten Fachleuten Konzepte und Strategien zur Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise, die nun schon seit 7 Quartalen zu wirtschaftlichem Rückschritt und wachsender Arbeitslosigkeit geführt hat. Gleichzeitig will man damit auch Beiträge zu neuen politischen Leitlinien bzw. zu einem neuen Parteiprogramm leisten. Die Erarbeitung neuer wirtschaftspolitischer Leitlinien stehe kurz vor dem Abschluss und soll auf einer kommenden Parteiklausur verabschiedet und anschließend der kroatischen Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Für die neue Parteiführung sind die jüngsten Wahlerfolge bei den Europawahlen im April und den Kommunalwahlen im Mai starke Indizien für einen möglichen Erfolg

bei (vorgezogenen) Neuwahlen. Zwar erkläre sich das Ergebnis auch aus der schlechten Stimmung gegenüber der aktuellen Regierungskoalition, welche (zu Recht) für die aktuelle Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht wird. Die Krise führe auch zu einer Art „Jugoslawien-Nostalgie“ und ebene auf diese Weise leider sogar den Weg zu einem eher „verklärten“ Bild der damaligen kommunistischen Diktatur.



Man bedauere den „Fall Perkovic“ sehr und sehe in der brachialen Durchsetzung des entsprechenden Gesetzentwurfs das klare Bestreben der Regierungskoalition, Verbrechen der kommunistischen Diktatur ungezügelt und aus ihrer Sicht gefährliche Täter straffrei davonkommen zu lassen. Die HDZ habe dieses Spiel nicht mitspielen wollen und deshalb bei der Abstimmung aus Protest das Plenum verlassen.

Zudem glaube man, dass diese „Aktion“ auch dazu dienen sollte, die Beziehungen zu einer (wegen ihrer harten Haltung in Europa) eher ungeliebten deutschen (CDU-) Regierung zu relativieren und gleichzeitig von der Wirtschaftskrise abzulenken. Am Ende

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE  
LUKA DURIČ

September 2013

www.kas.de

des Meinungsaustausches unterstrich der HDZ-Vorsitzende die Wichtigkeit internationaler politischer Kontakte vor allem auch zur CDU, die dazu beitragen, die so wichtige politische Zusammenarbeit in der EVP Familie zu stärken.



**Milijan Brkic** (Generalsekretär der HDZ) ergänzte die Ausführungen des Parteivorsitzenden durch einige Bemerkungen zur Zusammenarbeit zwischen der ZHDZ und der KAS. Er verwies dabei auf die Tatsache, dass zwei Absolventen der von der KAS geförderten „Politischen Akademie“ der ZHDZ es inzwischen zu hohen politischen Ämtern (Regierungspräsidenten) gebracht hätten und man hoffe, in den kommenden Wahlkämpfen auf die wachsende Unterstützung durch die inzwischen in KAS-ZHDZ Programmen mobilisierten, jüngeren Parteimitglieder zurückgreifen zu können. Nützlich wäre deshalb auch die Bereitstellung kenntnisreicher CDU-Kampagnemanager, um auch in den zahlreichen anstehenden Wahlgängen (Europawahlen (Mai 2014), Präsidentschafts- (Nov. 2014) und Parlamentswahlen (Okt. 2015)) erfolgreich agieren zu können. Ebenso hätten sich die neuen HDZ Europaabgeordneten bereits aus dem Absolventenpool dieser KAS-ZHDZ Programme bedient und neue Mitarbeiter rekrutiert. Nun gelte es auch auf kommunaler Ebene die Wahlerfolge zu „untermauern“ und den gewählten Funktionsträgern der HDZ Experten bzw. -tise (?) zur Verfügung zu stellen, damit sie ihren Bezirken noch mehr EU-Mittel erschließen und auf diese Weise wirtschaftlich voranbringen können.

In einer ersten Gesprächsrunde mit Parlamentariern der HDZ erläuterte **Prof. Dr. Željko Reiner**, MdP, Vizepäsident des Parlaments die Veränderungen in der Partei seit dem Wechsel in der Führung der Partei. Zu der Frage, ob sich die HDZ eine politische bzw.

wirtschaftliche Krisensituation vorstellen können, in der sie für eine „Große Koalition“ der Nationalen Einheit zur Verfügung stehen würde, gebe es unterschiedliche Auffassungen. Sicherlich seien alle politischen Kräfte im Lande daran interessiert, dass die Wirtschaftskrise in Kroatien überwunden werde, wiewohl man mehrheitlich nicht glaube, dass es gelingen könne, die tiefen (ideologischen und personellen) Gräben zwischen der Regierungspartei und der HDZ zu überwinden. Die Regierung habe es nach den letzten Parlamentswahlen - ausgestattet mit einem derart klaren Mandat - versäumt im Rahmen einer gemeinsamen Anstrengung aller Koalitionspartner das Notwendige an Reformen auf den Weg zu bringen, um der Wirtschaftskrise erfolgreich zu begegnen. Der Partei gehe es jetzt darum auf dem Weg von einer „Bewegung“ zu einer demokratischen Volkspartei weiter voranzukommen. Es gelte auch für Intellektuelle und Unternehmer attraktiver zu werden, um auch in den Großstädten an Unterstützung hinzuzugewinnen. Fast hätte man in den letzten Kommunalwahlen das Bürgermeisteramt in Split erobert, nur etwa 300 Stimmen haben der HDZ zum Sieg gefehlt. Bei all dem würde eine Positionierung der HDZ in der bürgerlichen Mitte sicherlich Zugewinne versprechen.

**Dr. Martina Dalić**, MdP, Finanzministerin a.D. kritisierte angesichts der andauernden wirtschaftlichen Rezession, dass die aktuelle sozialliberale Koalitionsregierung die notwendigen Strukturreformen bis heute eben nicht eingeleitet habe und offensichtlich darauf warte, die unvermeidlichen Reformeinschnitte in den kommenden Monate der Politik der EU-Kommission „in die Schuhe zu schieben“. Dies alles sei umso bedauerlicher, da der EU-Beitritt die Probleme im kroatischen Agrar- und Exportsektor eher verschärfen werde. Neben den zu kleinen und deshalb kaum wettbewerbsfähigen, landwirtschaftlichen Anbauflächen drohen auch die bisher noch sicher geglaubten Absatzmärkte in den Nachbarländern der CEF-TA Gemeinschaft durch EU bedingte Zollanpassungen verloren zu gehen.

**KROATIEN**

DR. MICHAEL A. LANGE

LUKA DURIČ

**September 2013**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die Regierung zeige sich zudem wenig dialogbereit. Weder die Unternehmerverbände, noch die Gewerkschaften finden Gehör und viele „Affären“ wie der Fall Perkovic werden mit Hilfe der Medien besonders „inszeniert“, um von den wirklichen existentiellen, wirtschaftlichen Problemen der Menschen abzulenken. Heute ist klar, dass die Regierung ihr umfassendes politisches Mandat zu Beginn der Legislaturperiode eben nicht genutzt habe, um die notwendigen Reformschritte einzuleiten, sondern es vorgezogen habe aus ihren Reihen 6000 neue Öffentlich Bedienstete einzustellen und die vermeintlichen Fehlleistungen der Vorgängerregierung aufzulisten.



Inzwischen erlebe das Land das 7. Quartal mit einer durchschnittlichen Verringerung des BIP um 1,2 bis 1,8%; einer Arbeitslosenrate von 18% und einer um 9% gesunkenen Industrieproduktion. Auch der Tourismus verspricht keine kurzfristige Besserung, zumal die Regierung durch die abrupte Schließung von Hotelbetrieben wegen vermeintlicher Steuerrückstände viele, vor allem ausländische Touristen verärgert hat. Der Regierung ist dazu in ihrer erratischen Politik von „Versuch und Irrtum“ bisher nicht mehr eingefallen, als die Steuern und Sozialabgaben zu erhöhen und Teilprivatisierungen zum Ausgleich der Budgetdefizite anzustreben. Kroatien verfügt heute über den gleichen wirtschaftlichen Status wie im Jahre 2002 und versucht diesem miserablen Ergebnis durch die Ernennung eines ehemaligen Präsidenten der kommunistischen Jugendbewegung zum Generaldirektor des Staatlichen Kroatischen Fernsehens zu begegnen.

**Ivan Domagoj Milosević**, MdP, Investitionsminister a.D. verwies schließlich noch auf die unzureichende Investitionsförderung, die bisher (ausländische) Direktinvestitionen vor allem des Mittelstandes eher diskriminiere, Großinvestoren dagegen im Rahmen eines neuen „Gesetzes über Strategische Investitionen“ unnötige Anreize biete. Ohne Direktinvestitionen könne Kroatien aber kein wirtschaftliches Wachstum generieren und damit die sich abzeichnende soziale Krise verhindern. Ob es in diesem Zusammenhang auch in Kroatien allerdings zu einer vergleichbaren politischen Mobilisierung wie in Brasilien, Ägypten oder der Türkei kommen könnte, wisse man nicht. Allerdings erforderten neue Wähler bzw. neue Wählerschichten auch neue Botschaften bzw. Politikinhalt sowie neue Kommunikationswege (Soziale Medien).

**Prof. Dr. Željko Tanjić** der Rektor der Kroatischen Katholischen Universität Zagreb verwies in seinen Äußerungen erst einmal auf die Geschichte Kroatiens bis zum Beitritt zur Europäischen Union.

In dieser Geschichte standen Kroaten und Serben bereits im Ersten Weltkrieg auf verschiedenen Seiten und schon vorher wurde die historische Entwicklung Kroatiens immer vom „Westen“ (Renaissance, Habsburg-Monarchie) bestimmt. Mit dem zweiten (kommunistischen) Jugoslawien ging diese „kroatische Identität“ verloren, der Staats- und Gesellschaftumbau war schnell und tiefgreifend, kroatische Gemeinschaften waren verboten, die Katholische Kirche war unerwünscht und die religiösen Traditionen wurden dort bekämpft, wo sie bis dahin am meisten gepflegt worden waren – in den ländlichen Gebieten, in den Dörfern. Begebe man sich heute nämlich aus den urbanen Zentren hinaus aufs Land, so erschrecken die dortigen Lebensumstände die allermeisten Beobachter. Die ländlichen Regionen Kroatiens verlieren an wirtschaftlicher Kraft, da die Landwirtschaft unter dem EU-Beitritt bzw. dem CEFTA Ausschluss zu leiden beginnt. Immer mehr Absatzmärkte und damit Arbeitsplätze gehen verloren, junge Menschen verlassen deshalb die ländlichen Regionen auf der Suche nach neuen beruflichen Chancen in den urbanen Zentren.

**KROATIEN**

DR. MICHAEL A. LANGE

LUKA DURIČ

**September 2013**

**www.kas.de**

Die Infrastruktur verfällt, soziale Einrichtungen und selbst Schulen schließen und die Landflucht nimmt groteske Ausmaße an.

Dieser schon seit Jahrzehnten andauernde und von den Kommunisten bewusst geförderte Prozess beschleunigt sich weiter und macht die urbanen Zentren zu politischen Entscheidungsräumen, in denen traditionelle Werte herausgefordert und religiöse Bindungen gelockert werden.

Der Einfluss der (Katholischen) Kirche, der bis in die jüngste Vergangenheit zumindest auf dem Land noch entscheidend und auch in den Städten immer noch spürbar war, nimmt kontinuierlich ab und sieht sich seit dem letzten Regierungswechsel gar einem „Kulturkampf“ ausgesetzt. Die Katholischen Priester wurden von den Kommunisten immer als (verbündet mit den) Faschisten eingeordnet. Deshalb habe man versucht in neuen Satellitenstädten (Neu-Zagreb mit seinen 15.000 Arbeiterwohnungen) ohne Kirchen eine neue Arbeiterklasse anzusiedeln, um dort die wenig kultur- und religionsorientierten Bewohner mit Freizeitangeboten zu zerstreuen.

Beispielhaft für den existierenden „Kulturkampf“ wurde dann von Prof. Tanjić auf die erfolgreiche Unterschriftensammlung zugunsten eines Referendums Bezug genommen, die bezweckt, in der kroatischen Verfassung per Referendum die Definition einer Ehe als eine Gemeinschaft zwischen Mann und Frau festzuschreiben. Die aktuelle Regierungskoalition versuchte zuerst durch langwierige Prüfung der Echtheit der Unterschriften die Durchführung eines solchen Referendum aufzuhalten; nun plant sie ein Referendum zur Untersagung aller Referenden, die (vermeintliche) Grundrechte (auf Anerkennung einer homosexuellen Lebensgemeinschaft als „Ehe“) der Bürger zur Disposition stellen.

Ein besonderer Fall sei auch der aktuelle Streit um die Einführung zweisprachiger (Verkehrs-) Zeichen im Land. Vor allen Dingen in der Stadt und Umgebung Vukovar, dem kroatischen Srebrenica führt die Einführung der kyrillischen Schreibweise zu Emotionen in der kroatischen Bevölkerung. Grundsätzlich stelle die Zweisprachigkeit selbst unter Berücksichtigung von Kyrillisch für Kroaten kein Problem da, wie die Bei-

spiele in Udbina, Velebit, Knin zeigen, wo sie seit Jahren existiert, allein im Falle Vukovar zeigt die kroatische Regierung nicht die notwendige Sensibilität, denn man müsse berücksichtigen, dass in Vukovar die Kontakte zwischen der kroatischen Mehrheit und der serbischen Minderheit immer noch sehr oberflächlich seien und man mehr „nebeneinander“ als „miteinander“ lebe. Dort leben im Krieg von Serben vergewaltigte Bewohnerinnen noch heute quasi Tür an Tür mit ihren damaligen Peinigern, ohne dass diese bis heute für ihre damaligen Taten jemals zur Rechenschaft gezogen worden wären, man habe sie sogar in ihren damaligen Funktionen in der Polizei etc. belassen und hätte ihre (im Krieg zerstörten) Wohnungen wieder in Stand gesetzt. Kroatien habe nach Beendigung des Krieges mit der internationalen Gemeinschaft zusammengearbeitet, als diese die Region Slawonien befreien wollte, obwohl die serbische Regierung als Aggressor nie Schuld eingestehen wollte. Zudem war die serbische Regionalpartei (SDSS) seit dem Jahre 2000 immer Teil der kroatischen Koalitionsregierung, obwohl der Präsident der SDSS, Stanimirovic, eigentlich als Kriegsverbrecher eingeordnet werden müsste und die meisten Wähler dieser Partei zwar in kroatischen Wahlen ihre Stimme abgeben und an Volkszählungen teilnehmen, gleichzeitig aber gar nicht im heutigen Kroatien ansässig sind, sondern nur zu diesem Zweck aus Serbien anreisen bzw. die Grenze überschreiten. Dies alles müsse man berücksichtigen, wenn man die Ansichten bzw. Proteste der Bürger von Vukovar gegen die Einführung kyrillischer Zeichen einordnen will. Abschließend kommentierte Prof. Tanjić noch die Vorgänge im Zusammenhang mit der „Lex Perkovic“. Daran erkenne man den noch immer sehr starken Einfluss der Angehörigen der (ehemaligen) kommunistischen Sicherheitsdienste (UDBA). Man dürfe nicht vergessen, dass die Regierungspartei SDP die offizielle Nachfolgerin der Jugoslawischen Kommunistischen Partei (JKP) sei und das Kroatien bis heute von einer „Lustration“ aus verschiedenen Gründen bewusst Abstand genommen habe.

**KROATIEN**

DR. MICHAEL A. LANGE

LUKA DURIČ

**September 2013**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

**Hans Peter Annen**, der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kroatien, betonte zu Beginn des Gesprächs, dass es der Botschaft gelungen sei, den „Fall Perko-  
vic“ nicht als ein deutsch-kroatisches Problem erscheinen zu lassen; schließlich gebe es insgesamt 51 europäische Auslieferungsgesuche, von den „nur“ 27 von deutschen Justizbehörden verfolgt würden. Dies hätte nämlich die bilateralen Beziehungen (zu der kroatischen Regierung) „unnötig“ belastet und Deutschland politische Einflussmöglichkeiten einbüßen lassen. Zwar handele es sich bei der Verabschiedung des besagten Gesetzes um einen „schweren Fehler“ der kroatischen Regierung, den es zu revidieren gelte, jedoch müsse man jetzt Wege zur „Gesichtswahrung“ beider (?) Seiten finden. Die Auseinandersetzung in diesem Fall werde leider in einer „überzogenen Sprache“ geführt und verdecke den Umstand, dass es in allen neuen EU-Beitrittsländern mit dem Beitritt zur Einschränkung von Souveränität komme und die Regierungen dieser Länder ihre Innenpolitik nicht mehr völlig frei gestalten können. Ihm mache die auch in dieser Frage offensichtlich gewordene große Spaltung der kroatischen Gesellschaft bzw. der politischen Lager große Sorgen. Worum es uns und dabei vor allem der KAS gehen müsse sei seiner Meinung nach, zu verhindern, dass eine rückwärtsgewandte Opposition in Gestalt der HDZ, diese Spaltung noch vertiefe. Auch wenn er es begrüße, dass die neue Führung der HDZ diese wichtige Oppositionspartei konsolidiert habe, so beunruhige ihn immer wieder die nationalistische Rückwärtsgewandtheit dieser Partei, welche gegen die versöhnungsbereite Regierung agitiere (Vukovar) und weiter zwischen Serben und Kroaten Zwietracht sähe, obwohl auch sie es gewesen sei, welche die Regelungen zur Zweisprachigkeit in bestimmten Regionen mit zahlenmäßig großen Minderheiten verabschiedet habe. Kroatien müsse vielmehr den Nachbarländern ein Beispiel sein, wolle man der seit dem EU-Beitritt Kroatiens gründlich veränderten politischen Architektur der Region hinreichend Rechnung tragen und die anderen Beitrittskandidaten auf Ihrem Weg in die Europäische Union erfolgreich begleiten. Die Zukunft nicht nur Kroatiens läge schließlich in Europa und trotz der aktuellen Verwerfun-

gen in der regierenden Kukuriku-Koalition werde diese ihren Beitrag zum Gelingen des Europäischen Projektes leisten. Die HDZ habe dagegen seiner Meinung nach keine Chance die Kommenden Parlamentswahlen zu gewinnen, zumal er alternative Politikkonzepte vermisse und die HDZ-dominierte Diaspora die HDZ nicht durch ein entsprechendes Engagement unterstütze.

**Prof. Dr. Mladen Vedriš** stellte kurz die Zielsetzungen der Initiative dar, die sich aus zahlreichen bekannten Wirtschaftswissenschaftlern, Unternehmern und Wirtschaftsjournalisten zusammensetzt. Ziel dieser Diskussionsplattform sei es an der Einführung (bzw. Verbreitung der Ideen) der Sozialen Marktwirtschaft mitzuwirken und Missverständnisse hinsichtlich der Rolle des „Sozialen“ in diesem Modell klarzustellen. Es gehe um die vergleichende Darstellung von „best-practice“ und nicht um eine deckungsgleiche Übertragung des deutschen Modells auf Kroatien.



Prof. Vedriš plädierte für ein noch stärkeres, auch „akademisches“ Angebot (Publikationen, Aufsätze, Essays) zur Verbreitung entsprechenden ordnungspolitischen Denkens. Die von der Initiative 4 mal jährlich herausgegebene Fachzeitschrift: „Perspektive“ diene dem Zweck, inhaltsreiche Texte von kroatischen und deutschen Wirtschaftsexperten einem kroatischen Interessenkreis in der Landessprache zur Verfügung zu stellen. Angestrebt werde zudem eine verstärkte Kooperation mit kroatischen Tageszeitungen (auf Kolumnenbasis) und eine verstärkte Präsenz der Fachzeitschrift im Internet. Sollte diese von der KAS weniger unterstützt werden, gelte es stattdessen die Wirtschaftspolitik der Regierung zu problematisieren und in der Debatte mit Blick auf

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE  
LUKA DURIČ

September 2013

www.kas.de

alternative erfolgreichere Modelle, wie jenes in Deutschland, herauszufordern.

Der Journalist **Bruno Lopandić** betonte dagegen die Notwendigkeit stärker mit den kroatischen (Print-) Medien zu kooperieren, die durchaus bereit scheinen, der wirtschafts- bzw. ordnungspolitischen Debatte in ihren Zeitungen bzw. Kolumnen mehr Raum zu geben. Ihm gehe es deshalb als neuem Vorsitzenden vor allem um die Nähe zur kroatischen Presse, die es für den kommenden Wirtschaftspolitischen Dialog zu interessieren gelte.

**Ivo Ivančić** unterstrich zudem, dass der Behandlung ordnungspolitischer Fragen auch in der Ausbildung noch mehr Raum gegeben werden müsse, was allerdings die weiterhin von alten kommunistischen Kadern besetzten Fakultäten der staatlichen kroatischen Universitäten nicht unterstützen. Diese lehrten weiterhin „krypto-sozialistische“ Wirtschaftstheorien und leisten eigentlich keinen den privaten Hochschulen vergleichbaren Beitrag zur wirtschaftspolitischen Strategiediskussion.

Der Journalist und Initiator des KAS Projektes: „Presserat in Kroatien“, **Ante Gavranović**, beschrieb zuerst die inzwischen 10jährige Geschichte der Initiative zur Gründung eines kroatischen Presserates, die er von Beginn an verfolgt hat. Er betonte, dass ohne die Unterstützung der KAS und den dauernden Appell an Medienunternehmer und Journalisten sich unter dem Dach eines solchen „Presserates“ zusammenzufinden, dieser nie entstanden wäre. Trotz der Aktivitäten dieses Presserates kann man bis heute von den meisten kroatischen Medien nicht als „unabhängige“ Medien sprechen. So hängen viele kommunale Zeitungen und Sender von den Subventionen (Schaltung von Anzeigen) der Kommunalen Gebietskörperschaften ab, sodass Kommunalpolitiker starken Einfluss auf die Medienberichterstattung nehmen (können). Viele werden noch von alten kommunistischen (heute SDP-) Kadern geführt und leiden unter der aktuellen Wirtschaftskrise in Kroatien. Zudem dominieren zwei ausländische Medienkonzerne, die österreichische Styria (Vercernji list) und die deutsche WAZ/Funke

Gruppe (Jutarnji list) den kroatischen Markt der Printmedien bzw. Tageszeitungen.

Momentan herrsche unter ausgebildeten Journalisten große Arbeitslosigkeit. Die aktuelle Vizepräsidentin des Presserates, die gelernte Journalistin und TV-Moderatorin **Sanja Mikleušević Pavić** berichtete dann über die Arbeit des Presserates. Prioritär sei zu Beginn die Anerkennung des Presserates in der kroatischen Öffentlichkeit gewesen, wo der Presserat als höchste Instanz für Wahrheit und Ethik in den Medien etabliert werden sollte. Nach den üblichen „Kinderkrankheiten“ einer solchen Organisation habe der Rat aber inzwischen seine Rolle angenommen und agiere im Bewusstsein der kroatischen Öffentlichkeit.



Die Vizepräsidentin der HDZ, **Dubravka Šuica**, schilderte in einem Tischgespräch am folgenden Tag die aktuelle Situation in der „Kroatienfrage“ im Europäischen Parlament. Dort ist die Enttäuschung über das Verhalten der kroatischen Regierung groß und Kroatien müsse mit Sanktionen der EU-Kommission rechnen. Die Außenpolitik der aktuellen Regierung erscheine wenig konsistent und viele Entscheidungen müssen als „anti-europäisch“ eingestuft werden, was evtl. vorhandenen Euroskeptizismus in Kroatien eher Auftrieb geben könnte. 60% der kroatischen Bevölkerung sind der Meinung, dass die Regierungspolitik in die falsche Richtung ziele und nur 6% der Befragten unterstützen die aktuelle Regierungspolitik. Zudem bemerke sie eine „Entfremdung“ der SDP-geführten kroatischen Regierung weg von Deutschland als strategischem Partner (wie unter den HDZ Vorgängerregierungen) hin zu engeren Beziehungen vor allem auf Europäischer Ebene zu Großbritannien (Geheimdienst) und Frankreich (Ideologie). Dies war schon eine Tendenz der letzten

**KROATIEN**

DR. MICHAEL A. LANGE  
LUKA DURIČ

**September 2013**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

SDP geführten Regierung Racan in der Zeit von 2000-2003.

Mit Blick auf die kommenden Europawahlen sieht **Andrej Plenković** es als ein sinnvolles Bestreben, diese Wahl mit „nationalen Themen“ zu bestreiten, da sich der EU-Beitritt bis dahin für die meisten kroatischen Bürger (mit Ausnahme gesunkener Energie- und Handykosten) noch nicht als messbar vorteilhaft erwiesen haben könnte. Was die Präsidentschaftswahlen angeht, sehe man es als schwierig an den Amtsinhaber Josipovic zu schlagen, solange er von der SDP unterstützt wird. Zwar gelten die Beziehungen des Amtsinhabers zum SDP-Vorsitzenden als „zerrüttet“, da dieser immer mal wieder auch die Regierung kritisiert, dem Amtsinhaber bietet sich dadurch jedoch die Möglichkeit, sich auch bei den Wählern der Opposition Unterstützung (für seine Wiederwahl) zu suchen. Plenković verwies dann noch auf die Gefahr, dass die aktuelle Regierung ihre Mehrheit nicht nur für solche gegen das EAW gerichteten Gesetze, sondern auch für die Modifizierung des Wahlrechtes bzw. die Veränderung der Wahlbezirke (zum einseitigen Nachteil der HDZ) einsetzen könnte. Hier gelte es wachsam zu bleiben und Entsprechendes zu verhindern.



Der internationale Sekretär der HDZ und ehemalige Berater des kroatischen Premierministers, **Davor Ivo Stier**, betonte die zunehmende Lagerbildung im Lande, welche von der Regierungspartei und den Medien bewusst geschürt werde. Die neue Parteiführung der HDZ habe die Partei bei Werten von 18% Unterstützung übernommen und sie trotz dieser Lagerkämpfe und Anfeindungen in den Medien auf Werte über 20% gebracht. Sie hat die Partei damit konsolidiert und noch besser mit anderen, potentiellen Koalitionspartnern vernetzt. Angestrebt würde eine stärkere politische Zu-

sammenarbeit mit den Liberalen der HNS und HSLŠ, wobei jedoch manche liberale Parteivertreter dazu noch nicht bereit seien. Neben dieser nationalen Vernetzung spielt jetzt jedoch auch die wachsende internationale Vernetzung gleichgesinnter politischer Kräfte eine bedeutendere Rolle. Es gelte den Erfahrungs- und Informationsaustausch zu verstärken, zumal die HDZ von ihren internationalen Schwesterparteien noch viel lernen könne und wolle. Da immer mehr wichtige politische Entscheidungen auf europäischer Ebene fielen, gelte es, die EVP Familie zu stärken und gemeinsam für ein friedliches und wirtschaftlich erfolgreiches Europa zu arbeiten. Hier wolle man als HDZ Gruppe in der EVP einen aktiven Beitrag leisten und die in Brüssel erörterten Fragen auch einem kroatischen Wählerpublikum erschließen helfen. Auch die letzten Kommunalwahlen hätten wieder gezeigt, dass die HDZ unter ähnlichen strukturellen Schwächen leidet, wie die CDU. HDZ Wähler seien älter und mehrheitlich männlich und wohnten zudem im Durchschnitt auch noch häufiger in ländlichen Regionen. Ob es sinnvoll sei – ähnlich der CDU Parteivorsitzenden- dagegen auch programmatisch anzugehen, wäre in der Partei sicher zu erwägen. Noch gelte es aber zuerst einmal alle Wertkonservativen wieder in der HDZ zusammenzuführen. Dies schon deshalb, weil Sanader das Image der Partei als wertkonservative Bewegung erheblich in Verruf gebracht hat und es deshalb gilt vor allem in der Frage der Korruption „klare Kante zu zeigen“.

Der Direktor der ZHDZ, **Srećko Prusina** stellte am Rande eines Fortbildungsseminars zum Thema: „Frauen in der Politik“, zu dem sich etwa 20 junge Nachwuchspolitikerinnen in Opatija zusammengefunden hatten, die aktuellen Schwerpunkte der Zusammenarbeit zwischen der KAS und der ZHDZ vor.

Er verwies dabei zuerst auf die bisherigen Erfolge der gemeinsamen Nachwuchsarbeit, die von der Parteiführung wahrgenommen würden und zur Nachfrage nach weiteren Fortbildungsaktivitäten führten. Im Zentrum steht dabei die Förderung neu-gewählter, junger Kommunalpolitiker der HDZ, die sich jetzt in ihren Funktionen und Ämtern bewähren müssten.

Hilfreich wäre es deshalb für diese Zielgruppe zusätzliche Maßnahmen (zur Verbesse-

**KROATIEN**

DR. MICHAEL A. LANGE  
LUKA DURIČ

**September 2013**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die ansonsten nur aus Parteimitteln finanzierte ZHDZ verfügt zudem nicht über eine ausreichende Zahl von Mitarbeitern um weitere Programme administrativ zu bewältigen. Schon heute leiste das KAS Auslandsbüro entscheidende Unterstützung bei der Vor- und Nachbereitung und vor allem der Abrechnung der zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen. Gebraucht würden also nicht nur zusätzliche Projektmittel (Fortbildungsmaßnahmen), sondern auch ein entsprechender zusätzlicher Personaletat, der sowohl in der HDZ (Kursvorbereitung) als auch im KAS Büro (Kursabrechnung und Nachbereitung/Evaluierung) angesiedelt werden könnte.

Die ansonsten nur aus Parteimitteln finanzierte ZHDZ verfügt zudem nicht über eine ausreichende Zahl von Mitarbeitern um weitere Programme administrativ zu bewältigen. Schon heute leiste das KAS Auslandsbüro entscheidende Unterstützung bei der Vor- und Nachbereitung und vor allem der Abrechnung der zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen. Gebraucht würden also nicht nur zusätzliche Projektmittel (Fortbildungsmaßnahmen), sondern auch ein entsprechender zusätzlicher Personaletat, der sowohl in der HDZ (Kursvorbereitung) als auch im KAS Büro (Kursabrechnung und Nachbereitung/Evaluierung) angesiedelt werden könnte.

Die ansonsten nur aus Parteimitteln finanzierte ZHDZ verfügt zudem nicht über eine ausreichende Zahl von Mitarbeitern um weitere Programme administrativ zu bewältigen. Schon heute leiste das KAS Auslandsbüro entscheidende Unterstützung bei der Vor- und Nachbereitung und vor allem der Abrechnung der zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen. Gebraucht würden also nicht nur zusätzliche Projektmittel (Fortbildungsmaßnahmen), sondern auch ein entsprechender zusätzlicher Personaletat, der sowohl in der HDZ (Kursvorbereitung) als auch im KAS Büro (Kursabrechnung und Nachbereitung/Evaluierung) angesiedelt werden könnte.

Die ansonsten nur aus Parteimitteln finanzierte ZHDZ verfügt zudem nicht über eine ausreichende Zahl von Mitarbeitern um weitere Programme administrativ zu bewältigen. Schon heute leiste das KAS Auslandsbüro entscheidende Unterstützung bei der Vor- und Nachbereitung und vor allem der Abrechnung der zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen. Gebraucht würden also nicht nur zusätzliche Projektmittel (Fortbildungsmaßnahmen), sondern auch ein entsprechender zusätzlicher Personaletat, der sowohl in der HDZ (Kursvorbereitung) als auch im KAS Büro (Kursabrechnung und Nachbereitung/Evaluierung) angesiedelt werden könnte.

